

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Film-, Theater- und empirische Kulturwissenschaft
Fach Kulturanthropologie/Volkskunde

SPD- Frauen in der Nachkriegszeit

Ein Spagat zwischen Alltagsleben und Politik.

von

Ina Kuhn & Helena Proft

In: Roth, Jonathan (Hg.) (2013). Sozialdemokratie in
Rheinland-Pfalz – Dokumente aus drei Jahrhunderten.
www.sozialdemokratie-rlp.de

[inkuhn@students.uni-mainz.de]

[hproft@students.uni-mainz.de]

2013

Inhalt

1	„Gleichberechtigt nur durch die Sozialdemokratie“	1
2	Politische Neuanfänge in Rheinland-Pfalz	3
3	Frauenrollen in Gesellschaft und Politik	5
4	Luise Herklotz – eine beispielhafte SPD-Frau?.....	7
5	Der steinige Weg zur Gleichberechtigung.....	9
6	Seit 64 Jahren gleichberechtigt?	11
	Literatur	12
	Quellen	13
	Bildnachweis	13

Abstract

Nachkriegszeit in Deutschland: Aus den Trümmern des NS-Regimes und der zerstörten Städte werden unter den Besatzungsmächten neue Bundesländer geschaffen und politische Parteien wiedergegründet. So auch im neu entstandenen Bundesland Rheinland-Pfalz, wo die SPD wieder mit der politischen Arbeit beginnt.

1947 zeigt ein Wahlplakat, gestaltet von dem pfälzischen Sozialdemokraten und Maler Charles Maria Kiesel, eine junge Frau über dem Slogan „Gleichberechtigt nur durch die Sozialdemokratie“. Die Losung ist zu dieser Zeit mehr eine Forderung als eine Zustandsbeschreibung. Frauen nehmen angesichts der „Männerarmut“ der Nachkriegsjahre zentrale gesellschaftliche Rollen als Trümmerfrauen und Alleinernährer ein. In der Politik bleiben sie jedoch lange unterrepräsentiert. Die ersten Frauen in den Parlamenten leisteten bedeutende Vorarbeit und legten den Grundstein für die politische Frauenarbeit in Rheinland-Pfalz. Die Geschichte hinter dem SPD-Wahlplakat ist daher auch eine Geschichte der Biographien von Frauen wie Luise Herklotz.

1 „Gleichberechtigt nur durch die Sozialdemokratie“

Jung, freudig und lebenslustig lächelt die hübsche junge Frau mit den blonden Haaren dem Betrachter entgegen. Fast könnte man sie für ein Fotomodell halten, doch die Beschriftung des Bildes verrät schnell mehr (Abb. 1).

Es handelt sich um ein Wahlplakat der SPD aus dem Jahr 1947, der Zeit der politischen Neuanfänge nach dem Krieg. Mit Plakaten wie diesen versuchten Sozialdemokraten im Rahmen der ersten Wahlkämpfe in der Westzone gezielt Frauen anzusprechen. Dabei diente nicht nur das Bildmotiv als Identifikationsfigur. Ins Auge springt auch der Slogan, mit dem geworben wird: „Gleichberechtigt nur durch die Sozialdemokratie.“

Das Plakat zeugt von einem politischen und gesellschaftlichen Wandel in der deutschen Nachkriegszeit. Nach einer Zeit des Verbots und der Verfolgung greift die wiedergegründete SPD mit der Forderung nach der Gleichberechtigung von Frauen eines ihrer traditionellen Ziele auf. Sie bricht auf diese Weise auch mit einem auf die Mutterfigur beschränkten Rollenbild der Frau während der NS-Zeit.



Abb. 1: Wahlplakat der SPD aus dem Jahr 1947

Heute hängt dieses Plakat an einem Ort, an dem ebenfalls Politik gemacht wird: im Abgeordnetenhaus des rheinland-pfälzischen Landtages in Mainz, genauer gesagt im Büro des Landtagsabgeordneten Manfred Geis (Abb. 2). Vor einiger Zeit wurde er zufällig auf das Plakat aufmerksam. Die für die damalige Zeit sehr moderne Gestaltung weckte sein Interesse. Damals sei „Politik noch viel stärker als heute geprägt gewesen von Männerzusammenkünften“, deshalb stelle das Plakat für ihn ein schönes Gegenbild zur männlichen Dominanz in der Nachkriegszeit dar (Interview Geis 2013b, 1).

Manfred Geis entdeckte in der oberen Ecke auch einen Bezug zu seiner pfälzischen Heimat: den Namen des Gestalters, Charles Maria Kiesel, einem Sozialdemokraten und ‚Kaiserslauterer Original‘. Sein Gestalter macht das Plakat zu einem Dokument der pfälzischen Nachkriegs-Sozialdemokratie. Schon 1932 schloss sich Charles Maria Kiesel einer antifaschistischen Gruppe innerhalb der SPD an. Nach Jahren der Verfolgung, auch im Exil, kehrte er nach Kriegsende nach Kaiserslautern zurück und engagierte sich dort wieder für die SPD.¹ Vielen SPD-Mitgliedern erging es ähnlich wie Charles Maria Kiesel. Sie hatten unter dem Nazi-Regime gelitten und brannten darauf, sich nach dem Krieg wieder für ihre Partei und Politik einsetzen zu können.

Doch das Einfinden in einen politischen Alltag gestaltete sich schwierig. Aus den Besatzungszonen entstanden neue Bundesländer wie Rheinland-Pfalz, Parteien waren noch nicht zugelassen. Gerade in der französischen Zone mussten politische Verbände zunächst in der Illegalität arbeiten. Das Motiv des SPD-Plakats scheint auf den ersten Blick nicht dem typischen Selbstbild einer Arbeiterpartei direkt nach Kriegsende, in einer von Männern dominierten Gesellschaft, zu entsprechen. Wie kam es dazu, dass verstärkt junge Frauen als potentielle SPD-Wählerinnen angesprochen wurden? Welchen Anteil hatten Frauen am Aufbau der Nachkriegsgesellschaft und der SPD?



Abb. 2: Das Wahlplakat im Büro des Landtags-Abgeordneten Manfred Geis.

1 Die biographischen Informationen sind einem ausführlichen Lebenslauf entnommen, den Kiesel Enkelin Dr. Andrea Edel für den SPD-Ortsverein Kaiserslautern-Nord zusammenstellte. Für eine Kopie dieses Lebenslaufes und ein Gespräch möchten wir uns herzlich bei Frau Dr. Edel bedanken!

2 Politische Neuanfänge in Rheinland-Pfalz

Die Geburtsstunde von Rheinland-Pfalz – „Wenn Deutsche und Franzosen Schritte zu einer Gemeinsamkeit taten, kaum dass die Waffen schwiegen“ (Brommer 1985, VI)

Am 8. Mai 1945, dem Tag des Einmarschs der amerikanischen Truppen in das Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz, war noch nicht an ein politisches Leben zu denken. Die zuvor amerikanische Besatzungsmacht wechselte schon Anfang Juni in französische Hand. Aber nicht nur dieser administrative Wechsel brachte Unsicherheit für das Leben und den Alltag der Menschen mit sich. Die französische Militärregierung verkündete knapp ein Jahr später, am 30. August 1946, die Gründung eines neuen Bundeslandes in ihrer Besatzungszone: Rheinland-Pfalz.

Dieses Bundesland umfasste die Pfalz, Birkenfeld, die Regierungsbezirke Trier und Koblenz der ehemaligen Rheinprovinz, den Regierungsbezirk Montabaur, früher zu Hessen-Nassau gehörig, und das linksrheinische Rheinhessen aus dem ehemaligen Volksstaat Hessen. Am selben Tag wurde zudem Mainz als Hauptstadt bestimmt und Wahlen für die Bildung einer Beratenden Versammlung angekündigt (Jung 1976, 2).

Die Versammlung wurde aus den vorher konstituierten Gemeinde- und Kreisversammlungen heraus gewählt und bestand aus 127 Mitgliedern, die über die Verfassung des Landes entschieden. Am 25. April 1947 wurde schließlich der Verfassungsentwurf verabschiedet, über dem am 18. Mai 1947 die Bevölkerung abstimmte (Simon 1984, 127). Parallel dazu arbeitete man auf die ersten Landtagswahlen hin, an denen auch die SPD teilnahm.

Die Wiedergründung der SPD

Bevor es dazu kommen konnte, hatte die SPD einige Hindernisse zu überwinden. Im Gegensatz zu den amerikanischen und britischen Militärregierungen, die schon im August 1945 die Zulassung politischer Parteien beschlossen hatten, ließen sich die Franzosen in ihrer Besatzungszone damit Zeit bis Dezember 1945 (Hundinger 1999, 562).

Gerade in der Pfalz waren viele Sozialdemokraten schon zu Kriegsende entschlossen, wieder politische Verantwortung zu übernehmen. Kurz nach dem Einmarsch amerikanischer Truppen fand in Ludwigshafen ein geheimes Treffen pfälzischer Sozialdemokraten statt. Dort wurden schon Beitrittserklärungen entgegengenommen, für den Fall, dass die Partei in näherer Zeit genehmigt werden sollte (Hundinger 1999, 563).

Nachdem ein provisorischer Bezirksvorstand gewählt wurde, konnte der neue Vorsitzende Adolf Ludwig (1892–1962) den Parteimitgliedern im Februar 1946 schließlich die offizielle Genehmigung für die Parteigründung mitteilen (Hundinger 1999, 568). Die Genehmigung betraf vorerst allerdings nur einen regionalen Parteiverbund. Die „SP Pfalz“, wie der Name des Parteibezirks nun hieß, durfte seine zuvor im Geheimen aufgebauten Parteistrukturen damit auch offiziell nutzen.

Die Frau als neue Zielgruppe

Im Jahr 1946 verzeichnete die pfälzische SPD einen starken Anstieg der Mitgliederzahlen, die sich auf 20 363 verdoppelt hatten. Dies war sogar mehr als auf dem Höchststand in der Weimarer Republik (Hundinger 1999, 573).

Einen Höchststand hatte auch der Anteil an Frauen in der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz erreicht: fast 55,6 % der Gesamtbevölkerung des Bundeslandes waren nun Frauen. Bei den 20- bis 40-Jährigen betrug der Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung von Rheinland-Pfalz sogar 63,7 %, denn viele Ehemänner, Brüder und andere männliche Verwandte waren in Kriegsgefangenschaft geraten oder gefallen. Trotzdem stellten Frauen in der pfälzischen SPD im selben Jahr nur ungefähr 12 % der Gesamtmitgliedschaft. Dies lag sogar drei Prozent unter dem Durchschnitt der gesamten Westzonenpartei (Hundinger 1999, 575).

Schon in der Neugründungsphase machten sich die Sozialdemokraten daher Gedanken um die Beteiligung von weiblichen Mitgliedern in ihrer Partei. Damit Genossinnen verhältnismäßig im Bezirksvorstand vertreten waren, wurden Luise Herklotz und Ella Weiß zu „Pflichtfrauen“ bestimmt (Hundinger 1999, 523).

Auch 1947 blieb die pfälzische SPD hinter dem Frauenanteil in der Gesamtorganisation zurück (Hundinger 1999, 577). Eine besondere Schwierigkeit stellte die Werbung von weiblichen Mitgliedern in den ländlich geprägten Parteibezirken dar. Zwei Drittel der pfälzischen SPD-Frauen wurden in den städtischen Unterbezirken Ludwigshafen, Pirmasens, Kaiserslautern und Speyer verzeichnet. In ländlichen Bereichen wie dem Unterbezirk Landstuhl gab es 1946 hingegen kein einziges weibliches SPD-Mitglied. Die Bildung von Frauenorganisationen erfolgte erst spät, was ebenfalls dazu beitrug, dass Frauen kaum in die Partei eingebunden waren (Hundinger 1999, 578).

Traditionelles Frauenbild

Die Anfangsjahre der bundesdeutschen Demokratie waren zudem geprägt von einer ausgeprägt traditionellen Sicht auf die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau, auch unter den weiblichen Parteimitgliedern in der SPD.

Veranstaltungen, auf denen um die Gunst weiblicher Mitglieder geworben wurde, waren zum großen Teil auf Themen wie Haushalt, Familie und Erziehung ausgerichtet. Politische Vorträge beanspruchten bei einer Gesamtveranstaltungslänge von ca. zwei Stunden nur ungefähr 15 Minuten (Hundinger 1999, 581). Selbst die organisierenden Frauen waren der Meinung, dass man den Zuhörerinnen nur wenig politische Fakten zumuten könne, da sie durch die Haushaltsführung zeitlich schon stark beansprucht seien (Hundinger 1999, 581).

Trotz des großen Potentials der weiblichen Wählerschaft konnte die SPD somit nur wenige Frauen als Mitglieder und Stammwähler erreichen. Der politische und gesellschaftliche Wandel in der Nachkriegszeit sollte jedoch schon bald für neue Verhältnisse sorgen, auch in der Frage der Gleichberechtigung.

3 Frauenrollen in Gesellschaft und Politik

Frauenfragen als Überlebensfragen

Für viele Frauen traf schon die stereotype Rolle der Hausfrau in der NS-Zeit nicht zu. Viele hatten die Aufgabe der Alleinerziehenden übernommen und sorgten auch nach Kriegsende selbst für ihre Familie. Dies erwies sich angesichts der kritischen Versorgungslage in der französischen Zone als besondere Herausforderung (Brüchert 2001, 7).

Über vier Millionen Männer waren im Krieg gefallen, fast zwölf Millionen Soldaten in Kriegsgefangenschaft und es dauerte fast zehn Jahre, bis die letzten zurückgekehrt waren (Müller 2012, 61). Der „Männerangel“ wurde zu einem prägenden Merkmal des Alltags, besonders für die Generation von Frauen, die bei Kriegsende 20 bis 40 Jahre alt waren. Fast 3,7 Millionen waren alleinstehend (Brüchert 2001, 5).

In der Nachkriegszeit leisteten Frauen überlebenswichtige Arbeit, indem sie neben den „Hamsterkäufen“, dem Anstehen für Lebensmittel und der Kinderbetreuung auch noch Arme und Kranke versorgten oder für eine geringe Bezahlung als „Trümmerfrauen“ Schwerstarbeit beim Aufräumen der zerbombten Städte verrichteten (Müller 2012, 70). 1945 gab es allein in Berlin zwischen 40 000 und 60 000 solcher Trümmerfrauen (Looman 2001, 57).

Erst Emanzipierung, dann Retraditionalisierung

In vielen Berufssparten ersetzten Frauen die abwesenden Männer und gingen in Teilzeit oder Vollzeit arbeiten. Die Phase des politischen Neuanfangs bedeutete für sie eine ökonomische Emanzipierung (Looman 2001, 56). Entscheidend für das Selbstverständnis der weiblichen Gesellschaft der Nachkriegszeit waren neben der Frage des Überlebens auch die Erfahrungen durch Tod, Verlust und Gewalt (Brüchert 2001, 7).

Obwohl den Frauen in der Zeit ab 1945 eine zentrale gesellschaftliche Rolle abverlangt wurde, ordneten sich viele schon bald wieder dem traditionellen Rollenbild unter (Freier & Kuhn 1984, 19).kehrte der Ehemann aus dem Krieg zurück, musste die Frau wieder für den Haushalt sorgen und so ein Stück Selbstständigkeit aufgeben. Bereits Ende der fünfziger Jahre setzte sich die „Retraditionalisierung“ der Gesellschaft durch. Viele Frauen sehnten sich jedoch angesichts der Doppelbelastung durch Arbeit und Familie nach „normalen“ Zuständen zurück und fügten sich freiwillig der traditionellen Rollenaufteilung (Looman 2001, 57).

„Wir Frauen müssen es machen“ (Meyer 1997, 279)

Auch einem politischem Engagement standen Frauen nach Kriegsende in der Regel distanziert gegenüber (Freier & Kuhn 1984, 19). Schon ihre Wahlbeteiligung fiel durchschnittlich niedriger aus als die der Männer. Die Verantwortung für Kinder, Haushalt, Nahrungsbeschaffung und Aufbauarbeit ließ vielen Frauen kaum Zeit, um sich nebenbei

in die politische Neugestaltung einzubringen. Suchten Frauen den Weg in die Politik, sahen sie ihr Engagement oft als „Fortführung der Familienarbeit mit anderen Mitteln“, allerdings unter erschwerten Bedingungen (Meyer 1997, 290).

Frauen in der Politik: alleinstehend, kinderlos, bürgerlich

Politisch aktive Frauen waren meist 40 bis 50 Jahre alt. Sie hatten die Weimarer Republik als Erwachsene erlebt, einen Beruf erlernt und waren oft kinderlos (Brüchert 2001, 10). Meist waren es zudem unverheiratete Akademikerinnen, die in den zwanziger Jahren bereits politisch engagiert gewesen sind, in der Frauenbewegung oder in Parteien wie der SPD und KPD. Viele hatten unter Verfolgung und KZ-Haft gelitten.

Gerade Sozialdemokratinnen hatten jedoch häufig einen bürgerlichen, kirchlich-konservativen Hintergrund. Sie kämpften nicht explizit für Frauenrechte, sondern forderten die bewusste Übernahme von sogenannten Frauenpflichten (Meyer 1997, 284). Auf der ersten Reichsfrauentagung der SPD 1946 in Frankfurt am Main wurden eigene Frauenbünde abgelehnt. Stattdessen sahen Sozialdemokratinnen ihre Frauenrechte direkt durch die Partei am besten vertreten.

Ausnahmefrauen

Manchen Frauen bot die „männerlose Gesellschaft“ (Storm 2007, 2) der Nachkriegszeit jedoch erstmals die Möglichkeit, sich politisch einzubringen. Dabei war ein besonderer Idealismus vonnöten, um sich in dieser Männerdomäne zu behaupten (Meyer 1995, 291). Von der patriarchalischen Gesellschaft hatten sie oftmals keine Hilfe zu erwarten und auch in den Parteien fand ihre Arbeit selten Anerkennung und Unterstützung.

Dies zeigt sich bereits in der Aufstellung der Abgeordneten des ersten rheinland-pfälzischen Landtags. 101 Personen fasste das Parlament und nur sieben Frauen waren unter den Abgeordneten. Auch die vermeintlich fortschrittlichen Sozialdemokraten, die auf ihrem Wahlplakat für Gleichberechtigung warben, hatten nur wenige Frauen ins Rennen um die Landtagsmandate geschickt. Lediglich zwei der sieben weiblichen Abgeordneten, Ella Weiß und Luise Herklotz, gehörten der SPD an (Simon 1984, 133).

Diese im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unterdurchschnittliche Repräsentation von Frauen im Landtag spiegelt die gesellschaftlichen Rollenverhältnisse der Nachkriegszeit wider. Neben dem mangelnden Eigenengagement waren auch die traditionellen Parteistrukturen ein Grund, warum Frauen keinen Platz in der Politik fanden. So orientierten sich etwa die Treffen und Parteiveranstaltungen an den Zeitplänen der männlichen Mitglieder, was es den meisten Frauen unmöglich machte, Beruf, Kinder und Politik miteinander zu vereinbaren (Meyer 1997, 292).

Ein ganz anderes Bild des Landtags bietet sich dagegen im Jahr 2013. „Einige Männer sagen zu Rheinland-Pfalz schon leicht süffisant ‚Land der Frauen‘“, erzählt der Landtagsabgeordnete Manfred Geis (Interview Geis 2013b, 5). Knapp die Hälfte der Abgeordneten ist zurzeit weiblich und auch das Amt der Ministerpräsidentin ist durch Malu Dreyer mit einer Frau besetzt.

Die Formel „Gleichberechtigt nur durch Sozialdemokratie“, die auf dem Wahlplakat aus dem Jahr 1947 prangt, war somit weniger eine Zustandsbeschreibung, sondern eine Forderung, die vor allem durch Ausnahmefrauen vorgelebt wurde. Die ersten Frauen in den Parlamenten leisteten bedeutende Vorarbeit und legten den Grundstein für die politische Frauenarbeit in Rheinland-Pfalz. Die Geschichte hinter dem SPD-Wahlplakat ist daher auch eine Geschichte von Frauen-Biographien, wie die von Luise Herklotz.

4 Luise Herklotz – eine beispielhafte SPD-Frau?

„Luise Herklotz in drei Worten? Stark, selbstbewusst, durchsetzungsfähig“
(Interview Geis 2013a, 1)

Als Tochter einer Sozialdemokratin und Nichte von Josef Weber, SPD-Abgeordneter im bayrischen Landtag, wurde Luise Herklotz zum Ende des Ersten Weltkrieges am 20. August 1918 in Speyer in eine „rote“ Familie geboren. Als begabte Schülerin erarbeitete sie sich ein Stipendium für das städtische Mädchenlyzeum. Es folgte eine journalistische Ausbildung bei der Speyerer Zeitung, woraufhin sie bald als Redakteurin für verschiedene Zeitungen tätig wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang ihr der Karriereanstieg in der SPD als Redaktionsleiterin der SPD-Zeitung „Die Freiheit“.



Abb. 3: Luise Herklotz Ende 1940

Luise Herklotz gehörte zu den Parteimitgliedern der ersten Stunde: bereits 1945, zu Zeiten der geheimen Vorbereitungen zur Wiedergründung der SPD, trat sie in die Partei ein und blieb nach der offiziellen Gründung der SPD 1946 als Genossin aktiv. „Das politische Engagement sollte von nun an Luisens Leben prägen“ (Brüchert 2001, 191). Noch im selben Jahr war Herklotz bei der Gründung des pfälzischen Bezirks im Verband der Deutschen Presse beteiligt und wurde zur Vorsitzenden des SPD-Bezirksfrauenausschusses ernannt. 1948 folgte die erste Tagung der pfälzischen Frauenkonferenz in Kaiserslautern.

Herklotz' Hauptanliegen war es, „Frauen nicht nur in Vorzimmer und Kontore zu bringen, sondern sie auch an verantwortlichen Stellen in Staat und Wirtschaft einzubauen“ (Herklotz 1949, 23). Ein großes Vorhaben in der männerdominierten Welt der Politik: Neben Else Müller aus Kaiserslautern war Luise Herklotz die einzige Frau unter 18 Bezirksvorstandsmitgliedern und weiteren 17 Unterbezirksleitern. Mit dem Vorsitz im Bezirksfrauenausschuss war sie außerdem die einzige Frau, die einen der zahlreichen Ausschüsse leitete.

Frauenrechtlerin in einer Männerwelt

Luise Herklotz nahm sich des Problems der männerdominierten Politik an und bestand darauf „den Frauen ihre anteilmäßige Vertretung zu gewähren“, wie sie auf dem Bezirksparteitag in Frankenthal 1949 betonte:

„Auch in diesem Jahr müssen wir Frauen wieder an die Ortsvereine appellieren, bei Aufstellung von Kandidaten und Delegationen oder bei Vorstandswahlen nicht zu übersehen, den Frauen ihre angemessene Vertretung zu gewährleisten [...]. Ihr seht [...], daß sich die Frauen aktiv einschalten wollen. Gebt ihnen die Möglichkeit dazu, laßt sie beweisen, daß sie auch ihren Mann stehen können“ (Herklotz 1949, 25).

Angesichts „viele[r] Vorurteile“ gegenüber Frauen in der Politik, war Herklotz „eine der wenigen, die die Frauen eingebracht hat in die politische Diskussion“, betont Manfred Geis im Interview (2013a, 2). Auch wenn den Frauen bereits 1946 eine „ihrer Anzahl adäquate Vertretung in den Leitungen der Parteiorganisation zugesichert worden war“ (Hundinger 1999, 578), blieben Luise Herklotz und Ella Weiß vorerst die einzigen weiblichen Mitglieder im Bezirksvorstand.



Abb. 4: Luise Herklotz (hintere Reihe, 3. v. r.) im Kreis der SPD-Fraktion nach der ersten Sitzung des rheinland-pfälzischen Landtages am 18. Mai 1951

Die „Grande Dame“ der rheinland-pfälzischen SPD

Luise Herklotz erlebte eine außergewöhnliche Karriere für eine Frau ihrer Zeit. Über zwei Jahrzehnte war sie Vorsitzende der pfälzischen Frauenorganisation, war Landtags- und Bundestagsabgeordnete und rückte 1979 als erste Pfälzerin ins Europaparlament ein. Für ihre Arbeit wurde sie mit dem Großen Bundesverdienstkreuz und der Ehrenmedaille des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz ausgezeichnet.

Am 25. Juli 2009 starb Luise Herklotz im Alter von 90 Jahren in ihrer Geburtsstadt Speyer. Die Erinnerungen an Herklotz und ihre politische Arbeit erzählen, mitunter schwärmerisch, von einer nicht unumstrittenen, aber herausragenden SPD-Frau:

Sie sei eine „große [...] Sozialdemokratin der ersten Stunde“ (Raab 2009), die „weit über die Pfalz hinaus Bedeutung hat“ (Interview Geis 2013a, 3); „[i]hr soziales Engagement und ihre Fähigkeit stets die Menschen in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns zu rücken, ist uns allen ein Vorbild“ (Raab 2009). Herklotz habe nicht dem traditionellen Bild einer Frau entsprochen, die „zu Hause sorgt, dass der Mann hinaus kann und die Kinder hütet“, stattdessen zeige sie eine „andere Rolle der Frau [...] die selbstbewusst und eigenständig in der Welt stehen kann“ (Interview Geis 2013a, 2).

In ihrer politischen Arbeit wird sie als „energische und energiegeliche Frau“ beschrieben (Interview Brüchert 2013), die ihre Mitbürgerinnen aufzufordern wusste: „Bleibt stabil, an [den Frauen] kommt man nicht vorbei“ (Interview Geis 2013a, 2). Sie ermutigte die Frauen aktiv „für eine bessere Zukunft“ (Herklotz 1949, 26) zu kämpfen.

Luise Herklotz' Biographie gilt damit in der rheinland-pfälzischen Sozialdemokratie als Paradebeispiel für ein neues Frauenbild in Gesellschaft und Politik.

5 Der steinige Weg zur Gleichberechtigung

Die Gleichberechtigung der Frau gehörte in der Nachkriegszeit zu den zentralen Forderungen der deutschen Sozialdemokratie, für die die SPD auch aktiv eintrat.

Zweimal wurde die Klausel „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ im Grundgesetz abgelehnt: erstmals am 30. November 1948 vom Ausschuss für Grundsatzfragen, ein zweites Mal wenige Tage danach vom Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates. Die Verfasserin des Gleichheitsgrundsatzes, die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert (1896–1986), blieb dennoch hartnäckig. „Sie kämpfte wie eine Löwin dafür, dass Frauen die Gleichberechtigung auf allen Gebieten erhalten“ (Notz 2003, 24), was ein Statement ohne Interpretationsspielraum bedurfte:

„Nachdem Frauen aus allen Schichten während der Kriegsjahre ihre Kompetenz auf allen Ebenen bewiesen hatten, sollte es selbstverständlich sein, [...] einen Gleichberechtigungsgrundsatz in die Verfassung zu bringen, der jede Zweideutigkeit ausschloss“ (Notz 2003, 24).

Die Realität sah anders aus. „Man versuchte mit allen Mitteln, einem Gleichberechtigungsparagrafen auszuweichen und durch Drehen und Wenden Verkläuterungen zu schaffen“ (Herklotz 1949, 22).

Die SPD-Frauen Elisabeth Selbert und Frieda Nadig (1897–1970), „Exotinnen“ (Notz 2003, 15) in der männerdominierten Welt der Politik, standen vor der Aufgabe, sich neben zwei Frauen konservativer Parteien gegen 61 Männer im Parlamentarischen Rat durchzusetzen, doch „[d]ie damaligen konservativ/liberalen Regierungsparteien blockierten den Prozess der Gleichstellung, indem sie an den patriarchalen christlichen Bestimmungen [...] festhalten wollten“ (Notz 2003, 14). „Die berufstätige Frau entsprach nicht dem Idealbild, das sich die Konservativen von der Rolle der Frau in der Gesellschaft machten; für sie „war die Frau die ‚Gehilfin des Mannes‘ [...], hatte dem Mann zu gehorchen“ (Ruhl 1988).

Doch diese Ansichten waren spätestens durch die Arbeit der Trümmerfrauen, die die Männer in ihren Arbeitsstellen lange ersetzt hatten, überholt und die SPD-Frauen plädierten auf „einen moralischen Anspruch [...], so wie der Mann bewertet zu werden“ (Notz 2003, 25).

Mobilisierte Frauenöffentlichkeit

Nachdem ihr Antrag am 1. Dezember 1948 ein zweites Mal abgelehnt wurde, erkannte Elisabeth Selbert, dass sie die Unterstützung der weiblichen Bevölkerung brauchte. „Sie mobilisierte Frauen in Stadt und Land“ bei unzähligen Veranstaltungen „[w]ie ein ‚Wanderprediger‘“ (Notz 2003, 25) zur Aufklärung über die Gesetzeslage.

Dabei fand sie Unterstützung durch den zentralen Ausschuss für Frauenfragen in der SPD, der sich hinter Selberts Gesetzesformulierung stellte. Weiterhin kooperierte Selbert mit überparteilichen Frauenvereinigungen, Berufsverbänden der Frauen sowie weiblichen Belegschaften unterschiedlichster Betriebe. Die Frauenöffentlichkeit formierte sich rasch: „Dieser massive Protest von Frauen, der über Partei-, Konfessions- und Klassengrenzen hinausging und von autonomen wie organisierten Frauen getragen wurde, war einmalig in der Geschichte“ (Notz 2003, 26).

Angesichts des organisierten Protests und einer großen öffentlichen Debatte, lenkten die Abgeordneten des Hauptausschusses ein. So wurde nach langem Ringen am 18. Januar 1949 der Gleichheitsgrundsatz gebilligt.

„Es war ein wahrhaft politisches Ereignis, als auf sozialdemokratische Initiative hin der Hauptausschuß des parlamentarischen Rates einstimmig beschloß, in die Grundrechte der künftigen Verfassung den Satz aufzunehmen: ‚Männer und Frauen sind gleichberechtigt‘ (...) Es hat sich gezeigt, daß einzig und allein die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich bedingungslos für die Frauenrechte einsetzt und bereit ist, sie auch zu verwirklichen“ (Herklotz 1949, 22).

6 Seit 64 Jahren gleichberechtigt?

„Die politische Kultur einer Demokratie ist ohne die Gleichstellung unvollkommen“ (Geis 2003).

Über sechzig Jahre ist es nun her, dass die Gleichstellung von Mann und Frau offiziell im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert wurde. Die Forderung des eingangs zitierten Wahlplakates aus dem Jahr 1947 ist seither zumindest rechtlich erfüllt. Aber hat sich die Situation für die Frauen seither wirklich grundlegend geändert oder handelte es sich hierbei allein um eine „juristische Korrektur der Chancengleichheit der Frauen“ (Notz 2003, 14)? „Tatsächlich dachten damals viele Frauen, das Ziel der Gleichberechtigung sei erreicht. In Wirklichkeit ging mit der Umsetzung des Grundsatzes der Gleichberechtigung der Kampf erst richtig los“ (Notz 2003, 27).

Auf dem SPD-Wahlplakat, das zwei Jahre vor der Verabschiedung des Grundsatzes entstand, wirbt eine junge Frau um weibliche Wähler und Mitglieder in einer Zeit, als die Parteien fast ausschließlich Männervereine waren. Die wenigen weiblichen Abgeordneten wie Luise Herklotz setzen sich dafür ein, die Frauen aus den Vorzimmern in verantwortliche Stellen in Politik und Wirtschaft zu bringen.

Während die Statistiken heute eine weniger drastische Sprache sprechen als in der direkten Nachkriegszeit, bleibt die Forderung aktuell. Gegenwärtig wird das Thema „Frauen in der Wissenschaft“ und eine mögliche Vergeudung von Begabungen und Fähigkeiten durch ungleiche Karrierechancen an dieser Stelle weiter diskutiert. „Nur wenn alle Talente genutzt werden, ist nachhaltige Entwicklung möglich“ (Geis 2003).

Dabei geht es nur indirekt um Mindestquoten, Gehaltsangleichungen oder andere Streitfälle, sondern im weitesten Sinne um Geschlechterdemokratie. Luise Herklotz nannte es 1949 „unsere große Menschheitsidee“ (Herklotz 1949, 24), Manfred Geis spricht heute von einer „Umorientierung der Gesellschaft“: „Es geht nicht darum, dass erfolgreiche Frauen sein sollen wie Männer“, sondern „eine Gesellschaft anzustreben, wo eben andere Kriterien [als das Geschlecht] erfolgsmaßgeblich sind. [...] Es ist eine gemeinsame Aufgabe, ein ganz großes Thema für Männer und Frauen“ (Interview Geis 2013a, 3). So bleibt die Gleichstellung von Frau und Mann, die „Entwicklung der Chancengleichheit [...] eine der zentralen Herausforderungen und Zukunftsaufgaben der aufgeklärten Gesellschaft“ (Geis 2003). Eine Herausforderung, der sich die SPD heute ebenso wie in der Nachkriegszeit stellen muss.

Literatur

- Brommer, Peter (1985). *Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung. März 1945 bis August 1949*. Mainz.
- Brüchert, Hewdig (2001). *Rheinland-Pfälzerinnen. Frauen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in den Anfangsjahren des Landes Rheinland-Pfalz*. Mainz.
- Freier, Anna-Elisabeth & Kuhn, Anette (1984). „Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand seiner Frauen.“ *Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte* (=Frauen in der Geschichte, Bd. 5.). Düsseldorf.
- Hundinger, Ralf (1999). Die Wiedergründung der pfälzischen SPD und ihre Entwicklung bis 1948. In: Geis, Manfred & Nestler, Gerhard (Hg.). *Die pfälzische Sozialdemokratie. Beiträge zu ihrer Geschichte von den Anfängen bis 1948/49* (562–598). Edenkoben.
- Jung, Horst-W. (1976). *Rheinland-Pfalz zwischen Antifaschismus und Antikommunismus. Zur Geschichte des Landesparlaments 1946–1948*. Meisenheim am Glan.
- Looman, Marijke (2011). *Am Rande der Macht. Frauen in Deutschland in Politik und Wirtschaft*. Opladen.
- Meyer, Birgit (1997). *Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute*. Frankfurt am Main.
- Müller, Rolf Fritz (2012). *Frauenbiografien im Karrierediskurs. Geschichte, Theorie, Politik*. Berlin / Toronto.
- Notz, Gisela (2003). *Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/9 bis 1957*. Bonn.
- Ruhl, Klaus-Jörg (1988). *Frauen in der Nachkriegszeit 1945–1963*. München.
- Simon, Bernhard (1984). Die Abgeordneten der 1. Wahlperiode des rheinland-pfälzischen Landtages 18. Mai 1947–17. Mai 1951. In: Heyen, Franz-Josef (Hg.) (1984). *Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945–1951* (127–184). Boppard am Rhein.
- Storm, Monika (2007). *Frauen der ersten Stunde. Rheinland-pfälzische Landtagspolitikerinnen 1946–1955*. Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz. Blätter zum Land 3/2007. Mainz.

Quellen

- Interview Brüchert 2013. Projekt Onlineausstellung „*Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz – Dokumente aus drei Jahrhunderten*“, Interview mit Hedwig Brüchert, geführt von Ina Kuhn am 20.02.2013 in Mainz.
- Interview Geis 2013a. Projekt „*Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz – Dokumente aus drei Jahrhunderten*“, Interview mit dem Landtagsabgeordneten Manfred Geis, geführt von Ina Kuhn am 05.02.2013 im Abgeordnetenhaus Mainz.
- Interview Geis 2013b. Projekt „*Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz – Dokumente aus drei Jahrhunderten*“, Interview mit dem Landtagsabgeordneten Manfred Geis, geführt von Helena Proft am 27.02.2013 im Abgeordnetenhaus Mainz.
- Geis 2003. Rede Abg. Geis. In: *Protokoll Landtag Rheinland-Pfalz: 14. Wahlperiode – Sitzung, 04.Juni 2003. SPD. „Gleichstellung von Frauen und Männern weiterentwickeln – Gender Mainstreaming konsequent umsetzen“*. Mainz.
- Herklotz 1949. Rede Luise Herklotz. In: Protokoll des 42. Bezirksparteitags am 5. und 6. März 1949 in Frankenthal (22–27). Mannheim-Seckenheim.
- Raab 2009. SPD-Generalsekretärin Heike Raab zum Tod von Luise Herklotz.
<http://www.spd-rlp.de/index.php?nr=13543&menu=1> [17.02.2013].

Bildnachweis

- Abb. 1: SPD-Wahlplakat aus dem Jahr 1947. Gestaltung: Charles Maria Kiesel.
Foto: Aline Deicke.
- Abb. 2: Das Wahlplakat im Büro des Landtagsabgeordneten Manfred Geis.
Foto: Aline Deicke.
- Abb. 3: Luise Herklotz Ende 1940.
Aus: Pieroth, Stephan (1999). *Sozialdemokratische Presse in der Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg*. In: Geis, Manfred & Nestler, Gerhard (Hg.). *Die pfälzische Sozialdemokratie. Beiträge zu ihrer Geschichte von den Anfängen bis 1948/49* (647–653). Edenkoben, 652.
- Abb. 4: Luise Herklotz (1. Reihe, 3. v. l.) im Kreis der SPD-Fraktion nach der ersten Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz am 18. Mai 1951.
Aus: Beck, Kurt (Hg.) (2007). *60 Jahre Seit' an Seit'. Die SPD in Rheinland-Pfalz 1947 bis 2007*. Mainz, 16.